

DIE NATION UND IHRE "SACHE"

I.

5 "Gesellschaft" ist nicht mehr modern. Dieser Titel fürs Gegeneinander- und Zusammenwirken der Klassen, für Herrschaft und Konkurrenz, Arbeit und Armut riecht zu sehr nach "kritischer Theorie", betont zu einseitig das Ideal zweckrationalen Funktionierens, kalkuliert mit dem berechnenden Verhältnis einzelner Interessengruppen zum gemeinsamen "großen Ganzen". Kann man Menschen aufrufen, ein Ding wie "die Gesellschaft" zu *lieben*? Na also!

10 "Der Staat" hat ebenfalls keinen vorbehaltlos gebilligten guten Klang. Die konservative Regierungsmannschaft hat die Parole ausgegeben, es gäbe "zu viel" davon; und die muß es ja wissen. Gemeint ist natürlich nicht ihre Entmachtung. "Staat" ist verdächtig als Synonym für den "bloßen" bürokratischen Apparat mit seinem unliebenswürdigen Vorschriftenwesen, für die rein zweckmäßige "Sicherung von Ruhe und Ordnung zur friedlichen Ermöglichung gegenseitiger Begaunerei" (A. Hitler). Auf alle Fälle erinnert "Staat" viel zu sehr an Beamtentum, Formulare
15 und Aufsichtsbehörden, denen der Mensch sich berechnend fügt, aber nicht gerade im Innersten *zugetan* weiß.

Gefordert und geboten wird heutzutage mehr als eine besonders ordentliche "formierte Gesellschaft" oder eine mustergültige Demokratie, die ihre Verfahrensweisen als "Wagnis" preist. Mit Hymnen und F laggen, öffentlichen Rekrutengelöbnissen und würdigen Feierstunden,
20 geschichtlichen Rückblicken und Soldatengräbern soll die Nation zum inneren Erlebnis werden. Zu den Existenzbedingungen, die die öffentliche Gewalt ihren Bürgern diktiert, zu den Zwecken, die die unterschiedlichen Klassen nach Maßgabe ihrer gesellschaftlichen Existenzbedingungen verfolgen, sowie zu den Mitteln und Methoden, die ihnen dafür erlaubt sind, kommt dadurch nichts hinzu. Was auch? Der Alltag des normalen Bürgers ist mit der Notwendigkeit, Geld zu
25 verdienen, sowie mit der gesetzlichen Nötigung, mit Geld und der eigenen Person dem Staat zur Verfügung zu stehen, ohnehin ausgefüllt. Ob "die Nation" ins Spiel kommt oder nicht: Solange die Menschen die Gesetze im großen und ganzen befolgen, fürs Wirtschaftswachstum arbeiten, Steuern zahlen und Wehrdienst leisten, hat die Staatsgewalt alles, was sie braucht, nämlich die Mittel und die Freiheit, "Geschichte zu machen" - da fehlt nichts.

30 Die Aufgaben, die eine Regierung sich und ihrer Gesellschaft fürs Einmischen in die Affären anderer Staaten stellt, ändern oder mehren sich genauso wenig, wenn der Stolz auf errungene Erfolge öffentlich begangen wird. Die Konkurrenz der Nationen hat keine Goldmedaillen zum Inhalt, sondern die geschäftliche Ausnutzung möglicher oder schon erschlossener Quellen kapitalistischen Reichtums unter fremder Regie sowie materielle Sicherheitsgarantien dafür. Die
35 feierliche Angeberei blamiert sich, wenn sie diesen Inhalt ersetzen will oder darüber hinausgeht.

Die Interessen der einheimischen Geschäftswelt und die Bedürfnisse des souveränen Ordnungs- und Erpressungsgeschäfts genügen dennoch keiner modernen Regierung, um ihre Politik

öffentlich zu betreiben. Staatsaktionen im Innern wie nach außen kommen nicht aus ohne Selbstdarstellung als *Dienst* an einem *nationalen Recht*, das die tatsächlich verfolgten Zwecke *adelt*.

II.

5 Dieser Rechtstitel liegt nicht in den Sphären der gewöhnlichen Moral - deren Heucheleien immerhin allesamt auch vorkommen. Das Selbstlob der Staatsgewalt als Sachwalter alles Wahren, Guten und Schönen, als Friedensstifter, Freund und Helfer der Entrechteten und Mäzen von Geist und Kunst versteht sich von selbst. Ebenso selbstverständlich ist aber, daß die höchsten Ehrentitel keine Bedingungen darstellen, an die die souveräne Gewalt sich zu halten hätte, wenn
10 sie die "nationale Sache" fördert. Die "Erlaubnis zu töten" ist keine Ausnahme für Ausnahmeagenten, sondern das reguläre Recht der Nation, die eben *über* der Moral steht, die sie verlangt und mit der sie sich schmückt, der sie sich aber gar nicht unterordnen *darf*.

Dieses "höhere Recht" löst sich also auch nicht in die Wahrheit auf, daß die Kategorie des Rechts, das Dürfen oder Nicht-Dürfen, Verbot und Pflicht, nichts als den universellen Anspruch
15 der souveränen Gewalt an den Willen ihrer Bürger ausdrückt, also staatlicher Setzung entspringt, und daß nichts als die Anerkennung dieses Anspruchs das moralische Gewissen mit seinen himmlischen Geboten begründet. Gerade die souveräne Instanz, die das Recht als ihre eigentümliche Befehlsform in die Welt setzt, beruft sich hier selber auf die Nation als ihren verpflichtenden *Auftraggeber*, die "nationale Sache" als ihr Recht und *ihre Pflicht*.

20 Ein Inhalt noch über die tatsächlichen, vom amtierenden Souverän beschlossenen und verfolgte politischen Zwecke hinaus ist mit der "nationalen Sache" nicht angegeben. Darin liegt ja gerade die Souveränität einer Regierung, daß niemand als sie selbst ihre "Pflichten" *definiert*; und ihre Nation hat und verfolgt keine anderen Zwecke wirklichj als genau die, die sie ihrer Gesellschaft auferlegt. Die höhere, verpflichtende "Sache", auf die Regierungen sich um so lieber und
25 ausdrücklicher berufen, je anspruchsvoller *ihre* Anliegen sind, ist eine rein methodische Kategorie. Sie fingiert eine höhere, der Staatsgewalt selbst unverfügbare *Rechtsqualität* deren politischen Treibens, erhebt das politisch Gewollte als solches, ohne rechtfertigende Umwege über Moral, nachweislichen Nutzen oder sonstige "sachfremde" Gesichtspunkte, in den Rang eines Imperativs, der schon mit der Existenz des Staates gegeben sei. Die höchste politische
30 Instanz unterscheidet gewissermaßen zwischen ihrer Souveränität als solcher, dem absoluten Rechtstitel ihres Handelns, und ihren tatsächlichen politischen Aktionen, die als Dienst an diesem unwidersprechlichen Oberzweck anerkannt sein wollen. Sie verabsolutiert ihre *Handlungsfreiheit* gegenüber ihren frei gehandhabten politischen Geschäften. Das ist der ganze Inhalt der "nationalen Sache", mit der noch jedes politische Tagesgeschäft seine prinzipielle Weihe erfährt.

III.

35 Als Garant dieses höchsten Rechtstitels, als ideeller Auftraggeber des Souveräns, ist "das Volk" gedacht - in einer Hinsicht allerdings, die die staatlich vereinigten Arbeiter, Bauern, Groß- und Kleinhändler, Fabrikanten, Bankiers, Rentiers und Rentner tatsächlich nie an sich haben oder

wahrmachen. Die Manövriermasse der Staatsgewalt wird da mit gekonntem Zynismus zum Subjekt alles dessen ernannt, was ihre Herren mit ihr vorhaben, probieren und anrichten; zu einem Quasi-Individuum, dem die politischen Erfolge und Mißerfolge seiner abwechselnden Häuptlinge und überhaupt alles, was mit ihm geschieht, als seine "*Geschichte*" zuzuschreiben wäre.

5

Die Fiktion eines solchen Kollektiv-Subjekts ist sehr abstrakt; sie sieht schlicht davon ab, daß ein Prolet und sein Betriebswirt, ein Mieter und sein Hauswirt usw. auch dann keine vereinbare, geschweige denn "letztlich" dieselbe Geschichte haben, wenn sie derselben Obrigkeit gehorchen, mit demselben Geld bezahlen und in demselben Kauderwelsch miteinander verkehren. Daß die

10 diversen "Volksgenossen" ihre Mitgliedschaft in derselben Nation höchst gegensätzlich genießen bzw. bezahlen, wird aber gar nicht einmal geleugnet; es wird nur etwas anders interpretiert. Als unterschiedlicher Dienst nämlich, den sie alle der einen, gemeinsamen "Sache" bringen - der *nationalen* eben. Wo die herrschenden gesellschaftlichen Interessen und die Machtansprüche ihrer politischen Sachwalter sich in einem modernen Gemeinwesen aller Bürger irgendwie

15 bedienen, wird der Erfolg dieser Veranstaltung gleich umgekehrt allen Bürgern als ihr gemeinsames Werk und Interesse untergeschoben - "Beweis": Sie machen ja mit!

10

15

So sind im Zeichen der nationalen Gemeinde selbst Klassegegensätze, nicht einfach geleugnet, sondern "letztlich" *versöhnt*; die "Identität" als Teil des "Volkskörpers", der da seinen Gang durch die Geschichte geht, besitzt Vorrang vor den Existenzbedingungen, die die Staatsgewalt vorgibt. Diese Umkehrung der Ergebnisse politischer Herrschaft, die sich einen ganzen

20 Menschenschlag zum Mittel macht, in den gemeinschaftlichen Lebensprozeß eines fiktiven kollektiven Subjekts ist schon die ganze Logik des modernen staatsbürgerlichen *Rassismus*, von dessen biologisch-ökologischer Pseudobegründung kein Demokrat etwas hält - wemgleich er der Sache durchaus zugetan ist.

20

25

IV.

Warum dieser Rechtstitel mit Namen "Nation", von dessen Anerkennung eine souveräne Staatsgewalt ja doch keines ihrer Vorhaben praktisch abhängig macht?! Er ist nichts als eine idealistische Dummheit - und eben darauf kommt es offensichtlich an. Genau so jedenfalls erweist der Souverän dem freien Willen und Verstand seiner Bürger seinen Respekt.

30

Keine moderne Staatsgewalt will über ihr Menschenmaterial "*bloß*" verfügen. Eine jede, ob demokratisch oder anders geregelt, besteht auf der Bereitschaft ihrer Bürger mitzumachen. Und zwar einerseits freiwillig, andererseits fraglos.

35

Nun gibt es kaum einen so geforderten Bürger - auch das durchaus keine Spezialität demokratischer Erziehung -, der sich mit den Taten und Ansprüche seiner Regierung so ohne weiteres im Einklang wüßte. Weder machen es die Minister dem Publikum recht, noch läßt es

35 Bürger sich darauf festlegen, er hätte genau das gewollt, was seine Regierung treibt. Beifall und Unzufriedenheit gegeneinander ausgerechnet, ergäbe sich in Sachen Zustimmung eine höchst fragwürdige Bilanz.

Selbst wenn ein Volk seine regierenden Figuren mehr verachtet als bewundert, ist ihm allerdings ein Bedenken völlig fremd: ob es nämlich überhaupt den Verein darstellen will, den die Regierung regiert. *Dazuzugehören* und die Basis der Regierungsmacht zu sein: Das wird gerade nicht in Frage gestellt, wenn Bürger sich über schlechte Regierung beschweren. Im Gegenteil:
5 Die anerkannte Notwendigkeit der Staatsmacht, die man als *Bedingung* erfährt und zum *Mittel* erklärt, rangiert vor jeder Kritik. Die prinzipielle Anerkennung des Staates und seines Gewaltmonopols gibt einem modernen Bürger erst das *Recht* und das Gewissen dazu, sich als Betroffener über das Tun und Lassen seiner Herren zu beschweren.

So trennt das staatsbürgerliche Selbstbewußtsein zwischen dem Gemeinwesen als solchem, dem man sich fraglos zugehörig weiß, und dessen Regierung, zu der man "kritische" Distanz wahr.
10 Diese Trennung ist erstens verkehrt: Das Gemeinwesen wird als politische Körperschaft ja durch gar nichts anderes konstituiert als durch die Souveränität der Staatsgewalt, also durch die Macht und das Recht der jeweiligen Regierung, ihrem Volk ihren Willen aufzuerlegen; und einen anderen politischen Inhalt als diesen Willen hat die Nation nicht. Deswegen ist zweitens die
15 vornehme Distanz, die noch jeder Bürger zu seiner Regierung wahr, eine pure Einbildung. Mit dem aller "Kritik" vorausgesetzten grundsätzlichen "Ja" zu dem allgemeinen *Verhältnis* der Einordnung in den nationalen Club regierter Menschen ist auch im besonderen schon alles passiert, gleichgültig wieviele spezielle "Neins" der Mensch sich noch vorbehält. Gerade die
20 "bloß" prinzipielle Unterordnung im Unterschied zum stolz verweigerten "Hurra" zu den besonderen Maßnahmen ist es, was der Regierung ihre Freiheit sichert, nichts als dem eigenen Ermessen zu folgen und gerade ihre vielkritisierten Entscheidungen ungerührt durchzusetzen. Eine Aufkündigung der Loyalität hat sie nicht zu befürchten, weil die ja gerade nicht an ein bestimmtes Tun oder Unterlassen der Regierung gebunden wird. Alle "konkreten" Vorbehalte
25 sind eben, gleich wie sie sich selbst mißverstehen, nichts als ein bloß theoretisches Räsonnieren im nachhinein, wenn das grundsätzliche Einverständnis, regiert zu werden, und zwar aus der Landeshauptstadt nach den dort gültigen Regeln, erst einmal erteilt ist.

V.

Die Demokratie unterscheidet sich in dieser Hinsicht von anderen modernen Staatsformen im wesentlichen darin, daß sie dieses verkehrte Verhältnis ausdrücklich und ausführlich
30 durchexerziert und so sorgfältig gegen das Mißverständnis sichert, ein Bürger dürfte seine Verfügbarkeit für den politischen Willen seiner Regierung davon abhängig machen, daß diese seine Einwände berücksichtigt. Die demokratische Erlaubnis, *alles* aus kritischer Distanz heraus zu begutachten, lebt von der Sicherheit, daß niemand sich von der Souveränität selbst kritisch
35 distanziert, wenn er sich deren Werke gelungener vorstellen könnte. Umgekehrt ist diese Sicherheit der Zweck des "Wagnisses", das Räsonnieren freizugeben: Dafür verdient die Demokratie ein begeistertes Ja, in dem die Kritiker des ‚Hurra-Patriotismus‘ diesen nicht wiedererkennen. Folgerichtig fällt nirgends die Identifizierung und Entlarvung von Staatsfeinden so leicht wie in der Demokratie: Hochverrat ist es, das Dazugehören-Wollen allen Ernstes von

einer anderen als der gerade praktizierten Regierungspolitik - der man sonst alles Schlechte nachsagen darf - *abhängig* machen zu wollen.

Umgekehrt ist eben dies der Haken, wenn die "realen Sozialisten" ihre Bürger dazu auffordern, das "sozialistische Vaterland" als erste Bedingung und letzten Bezugspunkt ihres politischen Wollens anzuerkennen und zu schätzen. Das Beharren auf dem Etikett "sozialistisch" tut so, als wäre das Versprechen materieller Vorteile für die Bürger als Voraussetzung dafür gemeint, fraglos dazugehören zu wollen. Selbst dieser revidierte Kommunismus trägt noch einige Züge einer vaterlandslosen Gesinnung und bringt seinen regierenden wie seinen eurokommunistisch opponierenden Vertretern den Verdacht ein sie würden einer parteilichen Ideologie den Vorrang vor dem überparteilichen Gemeinwesen einräumen. Dabei haben die "realen Sozialisten" längst anerkannt, daß mit der ideologischen Trennung zwischen dem Prinzip staatlicher Machtvollkommenheit und seiner tatsächlichen Ausübung viel mehr Staat zu machen ist als mit der "Diktatur des Proletariats", die politischen Zwang bloß als Mittel und nicht als Grundlage und höchste Selbstverständlichkeit des politischen Lebens sehen, gelten lassen und praktizieren will. Ihre Propaganda haben sie auf das Dementi mangelnder Vaterlandsliebe und die Botschaft umgestellt, Patriotismus ginge auf "links" überhaupt am besten. So sorgen sie für den Nachwuchs an Dissidenten, die selbst in diesem Dementi noch die Sünde der Parteilichkeit wider die *Heiligkeit* der Nation aufspüren. Und gleichzeitig geben sie dem demokratischen Hohn recht, daß diese Kommunisten - speziell wenn es "hart auf hart" geht und beispielsweise die Sowjetunion eine faschistische Invasion abzuwehren hat oder Vietnam beim Nachbarn Kambodscha für brauchbare Zustände sorgt - sich allemal mehr auf den unverwüstlichen Standpunkt der Zugehörigkeit zum Vaterland verlassen als auf ihre Ideologie vom Internationalismus des Proletariats.

Nicht ganz so widersprüchlich, aber durchaus mangelhaft ist vom Standpunkt eines methodisch durchexerzierten Nationalbewußtseins jede Diktatur, die keine kritische Distanz zur Person und Politik des Staatsführers zuläßt. Ein Staat ist nicht recht fertig, das Volk nicht "reif", wo es fürs Mitmachen im vorgeschriebenen Gemeinwesen einen anderen Grund braucht als das Faktum der Dazugehörigkeit, wo erst die "Ausstrahlung" einer herrschenden "Persönlichkeit" zu bedingungsloser Staatstreue verleiten soll. Die Einheit der Bürger mit ihrer Staatsgewalt kann erst dann als perfekt gelten, wenn der Souveränität eine Zustimmung entspricht, die sich weder vom Personal noch von der praktizierten Politik abhängig macht. Nur so gibt ein Volk sich frei und fraglos dafür her, daß alles mit ihm angestellt werden kann.

VI.

Ein reifes freies Volk bezieht seine Dienstbarkeit für den Staat und die herrschenden gesellschaftlichen Zwecke selbstbewußt nicht auf diese - der "Obrigkeit" zu "gehören", gilt als historisch überwundene Unmündigkeit, die sich kein Bürger nachsagen läßt! -, sondern auf ein fiktives Gemeinschaftsanliegen jenseits aller politischen Inhalte: eben auf die "nationale Sache". Jeder Inhalt, der dafür angegeben wird, mag gleich wieder dem Meinungsstreit unterliegen, ob

ausgerechnet das das Richtige sei für die Nation. *Deren Erfolg* wird gewollt; so absolut, daß es fast schon gleichgültig ist, woran einer ihn mißt. Hauptsache, seine sämtlichen guten oder schlechten Meinungen fassen sich in der Sorge zusammen: „Dient die Regierung auch aufs Beste unserer nationalen Sache? Garantiert sie Erfolg, und legen wir mit ihr Ehre ein?“

5 Die passenden Gesichtspunkte fürs unendliche Wälzen dieser Frage stellen sich ganz von selbst ein, wenn der Standpunkt des Vereinsmitglieds, dem das Recht auf ein Urteil über die patriotische Erfolgstüchtigkeit seiner Befehlshaber zusteht, einmal eingenommen ist. Sie bleiben schon allein deswegen nicht aus, weil eine aufgeklärte Regierung diese Fragestellung über alles schätzt, als einzig ernstzunehmenden Anspruch von unten respektiert und *bedient* - zuallererst eben mit
10 Maßstäben, an denen sie gemessen sein will.

Wichtigen Dienst tut hier der Kunstgriff, negative Wirkungen zielstrebigter Wirtschaftspolitik auf den Lebensunterhalt größerer Massen als Probleme darzustellen, an deren Bewältigung niemand so umsichtig und emsig arbeitet wie die Wirtschaftspolitiker: Die „nationale Sache“ ist dann, daß die Regierungsmannschaft sich nach eigener Aussage bis zum Umfallen darum kümmert.

15 Probleme haben natürlich Verursacher; die identifiziert eine Regierung leicht in all den „Kräften“, gegen die sie mit ihrer Wirtschafts-, Sozial- oder sonstigen Innenpolitik vorgeht bzw. denen sie schadet: „Nationale Sache“ ist es also, unzweckmäßige Egoismen zurückzuweisen - woran der Bürger sich im Privatleben durchaus beteiligen kann. Läßt der Beifall dafür zu wünschen übrig, werden Feinde entlarvt, die den Zusammenhalt zwischen der Regierung und dem Volk, für das sie
20 sorgt, zersetzen: Die „nationale Sache“ erweist sich als Auftrag an die Regierung, Stärke und Rücksichtslosigkeit und dabei ein erstklassiges Gewissen an den Tag zu legen. Kein allgemeiner Regierungszweck, der in der Fiktion eines nationalen Anliegens, dem Methodenbegriff unumschränkter Souveränität, nicht zu seinem höchsten Recht käme.

VII.

25 Nach außen hin, im Verkehr mit anderen Staaten bzw. beim internationalen Austausch von Touristen und uniformierter Jugend, wird die Fiktion eines höheren Rechtstitels für staatliche Interessen für die Politiker zum diplomatischen Instrument, für treue Bürger zur praktischen Übung.

Gewiß kümmern sich Außenpolitiker um höchst materielle Anliegen. Sie machen konkurrierende
30 Souveräne den Zwecken ihrer Macht und ihrer einheimischen Klassengesellschaft geneigt; dafür hantieren sie mit Drohungen aller Art. Ihre Selbstdarstellung als unermüdliche Sachwalter eines nationalen Rechts auf Respekt und Anerkennung ist aber nicht bloß ans eigene Volk gerichtet, das darüber anschaulich erfährt, was mit wem gegen wen gerade nationale Sache ist. Die Kunst der Diplomatie besteht gerade darin, die vom Staat verfochtenen Interessen in bezug auf fremde
35 Herrschaftssphären und deren Obrigkeit als Respektserais vor nationalen Gütern und als Anspruch auf Höflichkeiten geltend zu machen - oder auch als demonstrative Geste der Verachtung. Alle Welt wird da mit dem Versprechen bekanntgemacht, es könnte ihr weit besser gehen, würde sie nur mehr auf „uns“ hören; denn „unsere“ Interessen wären von nichts als dem

Willen zu Frieden und Freundschaft beseelt, und kein Boden besser geeignet als der "unsrige", daß "nie wieder Krieg" von ihm ausgeht, sondern eine "pax..." sowieso. Mit wohldosierten Unhöflichkeiten wird die Lage getestet, werden internationale Beziehungen nach Bedarf "gestört" oder "vergiftet" - von den anderen natürlich. Kränze und Sofas, Dauer von Gesprächen und Zahl der Salutschüsse, überhaupt die Häufigkeit von Staatsbesuchen und der "Kulturaustausch" spielen eine enorme Rolle, weil sie die nationalen Rechtstitel symbolisieren und sehr unmißverständlich Entzug oder Gewährung von Finanzmitteln, Wirtschaftskrieg oder Handelsabkommen, militärische Zusammenarbeit oder Bedrohung ankündigen. Kommen diese Erpressungen im Klartext zur Sprache, so ist das gleich auch schon wieder ein Signal - ein diplomatisches *und* ein agitatorisches ans eigene Volk.

Letzteres verfügt also über beliebig viel Stoff, um sich ein korrektes Bild vom Vaterland und seiner Bedeutung innerhalb der Völkerfamilie zu machen. Zahlungsbilanzen und Weltmeisterschaften, Lügen über den nationalen Lebensstandard und Wahrheiten über den Waffenexport, buntgefärbte Landkarten und schwarzweiße Gedenkstätten tragen, je nach Geschmack, unterschiedlich viel zu der einen klassenübergreifenden Gewißheit bei, daß die Welt ärmer dran wäre ohne den eigenen nationalen Verein und dessen vorbildliche Aufführungen. Bloß: Ob die das auch weiß und vor allem anerkennt? Als "Botschalter des guten Willens" ihrer Heimat treten Patrioten im Ausland auf: Menschen, die nie zu einer Demo gehen, demonstrieren dort ganz unbefangen das Recht ihrer Nation auf Gehör und Respekt. Natürlich treffen sie dabei auf Patrioten, die ebenfalls mit ihrer Nation und mit ihrer unwiderstehlichen Person für ihre Nation Ehre einlegen wollen. Seit jeher stachelt nichts so sehr wie die "Völkerverständigung" Menschen aller Schichten und Altersstufen dazu an, sich ihr Herkunftsland und dessen Spezialideologien als ihre höchstpersönliche "nationale Identität" einzubilden und anzugewöhnen. Am Ende laufen sie auch ohne Dirndl, Cowboystielel oder Baskenmütze als typische oder untypische Vertreter ihrer nationalen Gattung durch die Weltgeschichte.

Mit den Zwecken, die ihre Regierung gegen andere Staaten vertritt, und mit den Methoden, die sie dafür anwendet, brauchen solche Weltbürger noch lange nicht einverstanden zu sein; sie brauchen sie noch nicht einmal zu kennen. Worauf es ankommt, ist das Bewußtsein, daß ein jeder als Stück seines nationalen "Wir" im Weltgeschehen vorkommt; daß man als Volksstamm der Welt einiges zu bieten hat - Besseres womöglich als die Regierung betreibt; daß die ganz große Lage zuallererst eine der "eigenen" Nation ist und daß "wir uns" durchsetzen müssen, wenn die Lage noch eine Chance haben soll. Die einzig korrekte Sorge stellt sich dann ganz von selber ein: „Legen wir international Ehre ein mit unseren Erfolgen und unseren Repräsentanten?“ Nichts schlimmer, als wenn das weltweite "Ansehen der Nation" in Gefahr gerät.

VIII.

Dabei ist das eigentlich per definitionem unverwüstlich: Vor ihm geht erst sehr viel anderes kaputt.

Die schönsten Klarstellungen dazu sind zum 40. Jahrestag des Kriegsendes von deutschem Boden aus ergangen. Selbst für die Phase in der die deutsche Nation, vom verbindlichen Nachkriegsstandpunkt aus beurteilt, in ihrer Politik lauter verwerfliche Dinge angerichtet hat, ja gerade für diese Phase ist patriotische Unterscheidungskraft vonnöten. Verwerflich war die Politik der Nazis, waren auch die Manieren der richtigen SS - die *wahre* "nationale Sache", das staatsbürgerliche Dienstverhältnis als solches, der Gehorsam bis zum Soldatentod: Das kann auch damals grundsätzlich nicht schlecht gewesen sein. Das bezeugt der deutsche Landser, der zwar unter und vielleicht sogar wegen Hitler, aber jenseits aller Politik *für Deutschland* gekämpft hat und gefallen ist. Ihn "bloß" als Werkzeug genau des imperialistischen Krieges zu verbuchen, den Hitler zu Deutschlands nationaler Sache gemacht hat, wäre nachgerade ehrenrührig. Auch sein Tod war ehrenhaft - also erst recht dessen fiktiver Zweck: die "Hingabe" bis zum Letzten für das Volk, das Hitler ja bloß "*mißbraucht*" hat.

Die Ehre der Nation ist also intakt, weil und solange Menschen dafür ihr Leben wegwerfen - zwar auf Kommando und überhaupt nicht freiwillig; aber genau davon abstrahiert der Rechtstitel "Nation" ja ohnehin. Der massenhafte Tod hoffnungsvoller Volksgenossen im Staatsdienst, ohne Protest, ohne Aufkündigung des Staatsbürgerdaseins riskiert und erlitten, ist der glanzvollste "Beweis", daß die Nation eben doch unendlich viel mehr ist, als was ihre Macher mit ihr bezwecken: *die Sache*, für die es sich sogar zu sterben *lohnt*.

Umgekehrt gelesen bleibt dieser elementare staatsbürgerliche Lehrsatz genauso gültig; und er kommt der Wahrheit sogar ein ganzes Stück näher: Wenn es um die Ehre der Nation geht, also wenn die Regierung ihren höchsten Rechtstitel ohne Abstriche und Kompromiß in eines ihrer Interessen hineinlegt, das andere Staatsgewalten genauso nachdrücklich bestreiten, dann ist allemal das Antreten zum Sterben fällig. Zwar verkaufen Regierungen ihr gesamtes Tun als Dienst an der "nationalen Sache". Der Übergang ist aber unverkennbar, wenn sie - übrigens souverän und kalkuliert, durch niemanden überrumpelt oder gezwungen - in einer auswärtigen Affäre beschließen, die Nation könne sich das Treiben ihres Kontrahenten unmöglich gefallen lassen. Dann, und nur dann, ist tatsächlich "das Ansehen der Nation in Gefahr" - eben weil die Regierung es ernstlich "aufs Spiel setzt". Und das ist gleichbedeutend mit dem *unbedingten* Willen, sich durchzusetzen, also eine Kriegserklärung.

Patrioten ist dieser Sinn der nationalen Ehre übrigens ganz geläufig. Um Kriegsbereitschaft zu erzeugen, braucht eine Regierung ihr Volk von gar nichts zu überzeugen, sondern nur die Interpretation eines Konflikts als Angriff des Gegners auf dieses ominöse Ding durchzusetzen. Staatsbürger täuschen sich nicht, wenn sie dann "Bomben auf..." fordern und sich massenhaft als Freiwillige melden.

Sie täuschen sich nur in einer Kleinigkeit: Die nationale Ehre wäre etwas anderes als die Freiheit, mit der Regierungen sich im Namen ihrer Bürger das fraglose Recht auf deren Tod zusprechen.

“Patriotismus

5 Vaterlandsliebe, die im staatsbürgerl. Ethos wurzelnde, zugleich gefühlsbetonte, oft leidenschaftlich gesteigerte Hingabe an das überpersönl. staatl. Ganze, das in dieser Hingabe nicht nur als rechtl. und polit. Ordnung, sondern als die den einzelnen tragende Gemeinschaft empfunden wird. Vom Nationalismus unterscheidet sich der P. dadurch, daß er das Nationalbewußtsein der anderen Völker achtet.” (aus: dtv-Lexikon)

“Nationalismus

10 Die übersteigerte, intolerante Erscheinungsform des Nationalgedankens und des Nationalbewußtseins. Während ein maßhaltender, die gegenseitige Anerkennung und Achtung der Nationen nicht ausschließender - Patriotismus eine unentbehr. Voraussetzung jeder Staatlichkeit ist, gefährdet der N., bes. in seiner schärfsten Form (Chauvinismus), den internationalen Frieden, indem er das nationale Eigeninteresse (sacro egoismo) über alle anderen Werte erhebt.” (aus: dtv-
15 Lexikon)

Eine gewöhnliche Gesinnung

20 “Unter Patriotismus wird häufig nur die Aufgelegtheit zu außerordentlichen Aufopferungen und Handlungen verstanden. Wesentlich aber ist er die Gesinnung, welche in dem gewöhnlichen Zustande und Lebensverhältnisse das Gemeinwesen für die substänzielle Grundlage und Zweck zu wissen gewohnt ist. Dieses bei dem gewöhnlichen Lebensgange sich in allen Verhältnisse bewährende Bewußtsein ist es dann, aus dem sich
25 auch die Aufgelegtheit zu außergewöhnlicher Anstrengung begründet.” (Hegel, Rechtsphilosophie, Paragr. 268)

Über Meinungsfreiheit

30 “Das Prinzip der modernen Welt fordert, daß, was jeder anerkennen soll, sich ihm als ein Berechtigtes zeige. Außerdem aber will jeder noch mitgesprochen und geraten haben. Hat er seine Schuldigkeit, das heißt sein Wort dazu getan, so läßt er sich nach dieser Befriedigung seiner Subjektivität gar vieles gefallen. In Frankreich hat die Freiheit der
35 Rede immer weit weniger gefährlich als das Stummsein geschienen, weil das letztere fürchten ließ, man werde das, was man gegen eine Sache habe, bei sich behalten, während das Raisonement den Ausgang und die Befriedigung nach einer Seite enthält, wodurch im übrigen die Sache leichter ihren Gang fortzugehen vermag.” (Hegel, Rechtsphilosophie, Paragr. 317. Zusatz)

40

Der deutsche Mensch

5 “Ich könnt mir vorstellen, daß der deutsche Mensch, nachdem er sich in Paris und vor
Stalingrad und in Lidice hat blicken lassen, jetzt endlich den Drang verspürte, daß er
seinen Namen ablegt. Wie soll er sonst ein neues Leben anfangen, wenn jeder ihn kennt?
Wir könnten uns, zur Unterscheidung, das, sagen wir, neunte Land nennen, die Neuner,
mit einer neunigen Seele oder so. Und man müßte die Ziffer ab und zu abändern, daß sie
10 nicht wieder den seelenvollen Klang abkriegt. Es ist widerwärtig, wenn man jeden
Holzkopf sich so stolz aufführen sieht; als ob er die ‚Matthäuspassion‘ oder ‚Die lustige
Witwe‘ geschrieben hätt.” (aus: B. Brecht, Flüchtlingsgespräche)

Ein wurzelloser Standpunkt

15

“ZIFFEL

Es ist mir immer merkwürdig vorgekommen, daß man gerade das Land besonders lieben soll, wo
man die Steuern zahlt. Die Grundlage der Vaterlandsliebe ist die Genügsamkeit, eine sehr gute
Eigenschaft, wenn nichts da ist.

20 **KALLE**

Die Vaterlandsliebe wird schon dadurch beeinträchtigt, daß man die lieben soll, die man heiratet,
und nicht heiratet, die man liebt. Warum, ich möcht zuerst eine Auswahl haben. Sagen wir, man
zeigt mir ein Stückel Frankreich und einen Fetzen gutes England und ein, zwei Schweizer Berge
und was Norwegisches am Meer und dann deut ich drauf und sag: das nehm ich als Vaterland;
25 dann würd ichs auch schätzen. Aber jetzt ists, wie wenn einer nichts so sehr schätzt wie den
Fensterstock, aus dem er einmal heruntergefallen ist.

ZIFFEL

Das ist ein zynischer, wurzelloser Standpunkt, der gefällt mir.”
(B. Brecht, Flüchtlingsgespräche)